
FDP-Rathausfraktion Wiesbaden

VERKEHRSINFARKT ABGESAGT – MAGISTRAT KASSIERT HAUPTARGUMENT FÜR CITYBAHN

19.09.2018

Die Kapazitäten der Wiesbadener Busse sind noch lange nicht am Ende. Diese Erkenntnis brachte aus Sicht der Freien Demokraten im Wiesbadener Rathaus die heutige Magistratssitzung mit sich. Der Fraktionsvorsitzende Christian Diers stellt dazu fest: „Stadtrat Andreas Kowol hat mit seinem Bericht zur Auslastung der Busse eindeutig aufgezeigt, was wir schon immer vermutet haben: Die Kapazitäten der Busse sind – selbst in den Spitzenzeiten – längst nicht ausgeschöpft. Wer weiterhin behauptet, dass der städtische ÖPNV kurz davor sei seine Grenzen zu überschreiten, handelt unredlich. Die aktuellen Zahlen (Zeitraum erste Jahreshälfte 2018) sprechen eine deutlich andere Sprache. Damit ist eines der Hauptargumente für den Bau einer Citybahn offiziell vom Tisch.“

Laut Bericht liegt die maximale Auslastung der Busse zwischen 55,7 (Linie 37) und 90 (Linie 23) Prozent. Doch diese Rechnung ist bereits im Sinne derjenigen, die sich einen Kollaps des Bussystems herbeisehnen geschönt, wie Diers vorrechnet: „Der Dezernent hat – ausweislich des Berichtes – für die Gelenkombusse eine Fahrgastzahl von 100 Personen zugrunde gelegt. Nach Angaben der ESWE Verkehr können die im Stadtgebiet eingesetzten Gelenkombusse aber zwischen 138 und 150 Personen befördern. Nimmt man also eine durchschnittliche Kapazität von 145 Personen als Berechnungsgrundlage, liegt die Auslastung für die neuralgischen Linien 4, 6 und 14 beispielsweise nur bei 50 (statt 73), 55 (statt 80) und 56 (statt 81) Prozent. Berücksichtigt man, dass es sich hierbei ausschließlich um die Auslastung zu den Spitzenzeiten handelt, bewegen wir uns in einem absolut zumutbaren Rahmen. Auch in der Londoner U-Bahn, die als einer der modernsten der Welt gilt, wird man zu diesen Zeiten nicht immer einen Sitzplatz bekommen.“

Die freidemokratische Rathausfraktion sieht sich einmal mehr mit ihrer Kritik an den

Citybahnplanungen bestätigt. „Von einer verantwortlichen Planungspolitik hätten wir uns gewünscht, dass solche Berechnungen am Anfang stehen und nicht erst zu einem Zeitpunkt kommen, an dem schon zigtausende von Euros in den Sand gesetzt wurden. Die Kooperation macht hier unnötigerweise und ideologisch verblendet den zweiten Schritt vor dem ersten. Trotz der Salomitaktik von Magistrat und ESWE Verkehr kommen nun aber nach und nach immer mehr Details ans Licht. Wir sind uns sicher, dass bei weiteren kritischen Nachfragen auch die anderen Argumente noch wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen werden“, so Diers abschließend.